

Kopie

Gemeinde Waldbüttelbrunn
03. MAI 2000

Anlage 3

Herrn
Bürgermeister Alfred Endres
Gemeinde Waldbüttelbrunn

Bund
Naturschutz
in Bayern e.V.
Ortsgruppe
Waldbüttelbrunn

Betr.: Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Endres,

ich wende mich heute mit der Bitte an Sie,
auf der kommenden Sitzung des Gemeinderats
beiliegenden Antrag einzubringen.

Ursula Hamprecht
Karl-Lott-Str. 48
97297 Waldbüttelbrunn
Tel: 0931 / 48394
03.03.2000

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, wird zunehmend gentechnisch verändertes Saatgut zum Verkauf angeboten. Dabei sind mit dem Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft zahlreiche Probleme und Gefahren verbunden. So können genmanipulierte Pflanzen insbesondere ihr Erbgut auf andere Pflanzen übertragen, mit der Folge, daß diese Pflanzen sich beispielsweise zu Unkräutern entwickeln und andere Pflanzen verdrängen können. Neben den ökologischen Risiken, die die Gentechnik mit sich bringt, birgt sie auch ein derzeit nicht abschätzbares Gefahrenpotential für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Befürchtet werden unter anderem die Entwicklung neuer Allergien sowie ein erhöhtes Risiko für Allergiker, die sich künftig immer weniger sicher sein können, daß allergene Substanzen nicht Lebensmitteln beigelegt werden, die sie bisher problemlos verzehren konnten. Der Einsatz von Antibiotikaresistenzgenen als sog. Marker-gene beinhaltet zudem die Gefahr, daß Krankheitserreger selbst zunehmend Resistenzen entfalten und damit wichtige Antibiotika zur Behandlung lebensbedrohender Erkrankungen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Zu befürchten ist schließlich, daß durch die gentechnische Veränderung eines Lebensmittels auch andere Eigenschaften ungewollt und unbemerkt verändert werden. Derartige Effekte können verantwortlich sein für die Auswirkungen, die gentechnisch veränderte Kartoffeln auf das Immunsystem und die Organentwicklung von Versuchsratten in einem Experiment des britischen Wissenschaftlers Pusztai hatten.

Ich halte es daher für unabdingbar, daß unsere Gemeinde dafür sorgt, daß zumindest auf den landwirtschaftlichen Flächen, die in ihrem Eigentum stehen, keine gentechnisch veränderten Organismen Verwendung finden und Pachtverträge entsprechend gestaltet werden. Darüber hinaus sollte sie sich dafür einsetzen, daß alle Landwirte auf den Einsatz der Gentechnik verzichten. Ich bitte Sie daher darum, sich den beiliegenden Antrag zueigen zu machen und dafür zu sorgen, daß auch unsere Gemeinde schon bald sagen kann "Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen".

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Hamprecht

Anlage

Anlage:

Die Gentechnik ist auf dem Vormarsch....

1999 wurde erstmals gentechnisch verändertes Saatgut in größerem Umfang in der Bundesrepublik zum Verkauf angeboten. Dabei handelt es sich vor allem um den herbizid-, insekten- und anti-biotikaresistenten Mais der Firma Novartis, der bereits 1997 von der Europäischen Union zugelassen wurde. Zwar hat der französische Verwaltungsgerichtshof (Conseil d'Etat) Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Zulassung geäußert und daher die Sache dem Europäischen Gerichtshof zur Klärung wichtiger rechtlicher Fragen vorgelegt. In der Bundesrepublik durfte der Mais dennoch - anders als in Frankreich - in den Verkehr gebracht werden, nachdem das Bundessortenamt der Firma Novartis für 1999 eine entsprechende Ausnahmegenehmigung zum Anbau von 50 t Saatgut erteilt hat.

Im Februar dieses Jahres haben sich die Bundesministerien für Landwirtschaft, Gesundheit, Umwelt und Forschung verständigt, die vor drei Jahren erteilte Vertriebslaubnis für diesen sog. Bt-Mais auf unbestimmte Zeit ruhen zu lassen. Aus Gründen des "vorbeugenden Gesundheitsschutzes" darf gentechnisch veränderter Mais in Deutschland bis auf weiteres nicht angebaut werden. siehe die Berichte über "Gen-Mais" in Main-Post und Volksblatt vom 17.02.2000.

Der kommerzielle Anbau transgener Pflanzen stellt eine neue Stufe der Anwendung der Gentechnik dar. Bisher wurden in der Bundesrepublik transgene Pflanzen nicht kommerziell angebaut. Die auch in der Bundesrepublik zahlreich durchgeführten Freisetzungsfelder fanden auf kleineren Flächen und allein zu sog. Forschungszwecken bzw. zur Sortenprüfung statt. Zwar dürfen seit 1996 transgene Sojabohnen zu Verarbeitungszwecken in die Europäische Union eingeführt werden; sie dürfen aber nicht freigesetzt und damit auch nicht angebaut werden. Der in den nächsten Jahren drohende großflächige Anbau vor allem von transgenem Raps stellt daher eine qualitativ neue Stufe in der Kommerzialisierung der Gentechnik dar und verlangt nach neuen Strategien.

.....München sagt: Nein!

Als erste Stadt im Bundesgebiet hat die bayerische Landeshauptstadt bereits im Februar 1999 eine weitreichende Entscheidung getroffen. Mit dem Beschluß "Landwirtschaft ohne Gentechnik" legte der Kommunalausschuß des Münchner Stadtrates fest:

1. Die Städtischen Güter verwenden auch künftig weder Saatgut noch Futtermittel, die gentechnisch verändert wurden. Die Richtlinien für die Biobetriebe schließen die Verwendung

gentechnisch veränderter Produktionsmittel ohnehin aus. Bei Futtermitteln werden nur selbsterzeugte, bzw. aus der Region stammende nachweislich gentechnikfreie Produkte eingesetzt.

2. Bei der Neuverpachtung von landwirtschaftlichen Flächen werden künftig Pächter bevorzugt, die auf die Verwendung von transgenem Saatgut verzichten. Bei bereits laufenden Pachtverhältnissen wird versucht, mit den Pächtern einen entsprechenden Verzicht zu vereinbaren.
3. Die Kampagne "Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen" des Bundes Naturschutz wird gemäß den Feststellungen zu den Punkten 1 und 2 unterstützt.

Auszug

aus der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates Waldbüttelbrunn am Montag, dem 5. Juni 2000, 18:30 Uhr, Sitzungssaal, Rathaus Waldbüttelbrunn

Anwesend:

1. Bürgermeister Alfred Endres
2. Bürgermeister Roderich Lipski
GR Georg Adelman
GR Helmut Fuchs
GR Rita Heeg
GR Peter Höfner
GR Carita Hümmer (ab 19.20 Uhr)
GR Winfried Körner
GR Hedwig Langhoff
GR Stefan Muth
GR Anja Rüttinger
GR Peter Schulz
GR Bernhard Vogel
GR Doris Weis
GR Robert Weißenberg

Tagesordnung:

Entschuldigt:

3. Bürgermeister Bernhard Ziesemer
GR Jürgen Steinmetz

Beginn der Sitzung:

18.30 Uhr

Ende der Sitzung:

21.45 Uhr

ÖFFENTLICHER TEIL:

TOP 3: Verschiedenes;

a) Antrag des Bund Naturschutz, Ortsgruppe Waldbüttelbrunn, auf den Verzicht des Einsatzes der Gentechnik auf kommunalen Flächen

Der Antrag des Bund Naturschutz, Ortsgruppe Waldbüttelbrunn, lag den Erläuterungen für die Gemeinderatssitzung bei.

Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag zu entsprechen.

Beschluss:

Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Antrag des Bund Naturschutz, Ortsgruppe Waldbüttelbrunn, vom 03.05.2000 auf den Verzicht des Einsatzes der Gentechnik auf kommunalen Flächen.

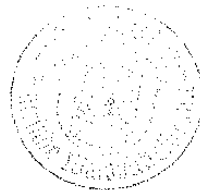
Bei der Neuverpachtung bzw. Pachtverlängerung gemeindlicher Ackerflächen wird in den Verträgen künftig ein Passus aufgenommen, wonach keine gentechnisch veränderten Organismen Verwendung finden dürfen.

Ergebnis: 14 : 1


Waldbüttelbrunn, 02.05.2007

gez.

Endres, 1. Bürgermeister



F.d.R.


Wilhelm